

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung von dem 10. März 1919 bis zum 31. März 1919 10 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 15 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 20 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 25 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 30 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 35 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 40 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 45 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 50 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 55 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 60 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 65 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 70 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 75 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 80 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 85 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 90 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 95 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 100 Pf.

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Zustellung von dem 10. März 1919 bis zum 31. März 1919 10 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 15 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 20 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 25 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 30 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 35 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 40 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 45 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 50 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 55 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 60 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 65 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 70 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 75 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 80 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 85 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 90 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 95 Pf. Bei längerer Zustellung nach dem 31. März 1919 beträgt der Preis 100 Pf.

# Freiheit

XX 38 41

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Das Komplott der Kaisertreuen.

## Räteystem und Demokratie in Bayern.

Privattelegramm der „Freiheit“.

München, 28. Februar.

Entgegen der Annahme, daß heute am frühen Morgen über den gemeinsamen Antrag der sozialistischen Parteien abgestimmt werden würde, wurde heute morgen die Debatte von neuem eröffnet. Es wurde eine 13gliedrige Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Antrages ernannt. Dieser Antrag ist nun nach einem stürmischen Sitzungstage am 7 Uhr zur Abstimmung gelangt. Bayerns Schicksal ist damit für die nächste Zukunft entschieden.

Der Rätekongreß Bayerns hat beschlossen:

1. Der Landtag bleibt vorerst bestehen.
2. Die Tagung des provisorischen Nationalrats wird für geschlossen erklärt.
3. Ueber den Termin der Wiedereinberufung des Landtages entscheidet das provisorische Ministerium in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß.
4. Die heutige Tagung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte stellt den provisorischen Nationalrat dar. Doch soll von der nächsten Tagung an der provisorische Nationalrat aus höchstens 250 Mitgliedern bestehen, die nach den von der provisorischen Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuß herausgegebenen Richtlinien zu wählen sind.
5. Der zur Wahrnehmung der Geschäfte zu bildende Aktionsausschuß besteht aus 33 Mitgliedern. Diese setzen sich zusammen aus je 7 Mitgliedern der Volkswirtschafts-, der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte, je 3 Vertretern der sozialdemokratischen Partei, der U. S. D., des revolutionären Arbeiterrats und des parlamentarischen Bauernrats. Mitglieder des Aktionsausschusses können jederzeit vom provisorischen Nationalrat abberufen werden. Der Aktionsausschuß wählt aus seiner Mitte den ständigen Zentralrat, dessen Mitglieder wiederum dem Aktionsausschuß verantwortlich sind und von ihm abberufen werden können.
6. Soweit es die Verhältnisse gestatten, wird dem gesamten Volk das am 4. Januar von dem Gesamtministerium promulgierte Staatsgrundgesetz zur Abänderung vorgelegt werden mit Änderungen auf folgender Grundlage: a) dem Bundes-, U. S. D. und U. S. D. steht das Recht zu, Gesetzentwürfe vorzulegen und durch Veto gegen Parlamentsbeschlüsse die Entscheidung des gesamten Volkes anzurufen; b) die Räte wirken in der Verwaltung mit.
7. Die künftige Verfassung des freien Volksstaats Bayern wird von der provisorischen Regierung in gemeinschaftlichem Aktionsausschuß ausgearbeitet und dem gesamten Volk zur Entscheidung vorgelegt.
8. Der Kongreß der A., S. und B. Räte wählt ein neues Ministerium unter Einziehung eines Bauernbündlers als Landwirtschaftsminister. Dem Ministerium für Kunst und Unterhalt wird eine Abteilung für Volkswirtschaft angegliedert. Der Aktionsausschuß hat mit dem Ministerrat über die Frage der Anwendung von Staatsbeschlüssen zu entscheiden.
9. Das Gesamtministerium ist dem Zentralrat bzw. dem provisorischen Nationalrat verantwortlich.

Dieser Antrag wurde von der Versammlung gegen 13 Stimmen angenommen. Genosse Fiedler erklärte, daß diese Annahme die Grundlage zu einer neuen Regierung in Bayern liege. Er bringt einen Antrag ein, daß der Zentralrat mit den Parteien namentlich auch die Bildung eines provisorischen Ministeriums beraten soll. Das Ministerium soll sich morgen früh dem Rätekongreß vorstellen, der dann über die Ablehnung oder Annahme zu entscheiden hat.

Zur Abklärung des Antrages dieses Antrages erklärten nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Mitglieder des revolutionären Arbeiterrats ihren Austritt aus dem Zentralrat bzw. aus dem Aktionsausschuß, da sie sich nicht bereit erklärten, an einem solchen Kompromiß mitzumachen.

### Ein Zwischenfall.

Am die dritte Nachmittagsstunde stürzten plötzlich Soldaten in den Kongreßsaal mit hoch erhobenen Revolvern unter dem Ruf: „Kaisertreue! Hände hoch!“ Im gleichen Augenblick wurde der Kommunist Dr. Levin von den Soldaten gepackt, niedergeworfen und aus dem Saale entfernt. Ähnlich erging es dem Kommunisten Mühlmann. Später stellte sich heraus, daß auch Gustav Landauer verhaftet worden ist. Eine ungeheure Erregung bemächtigte sich des Kongresses. Die Tribunen mußten geräumt werden. Es stellte sich heraus, daß diese Verhaftungen

ausgegangen sind von der Republikanischen Schutztruppe, auf Veranlassung des Stadtkommandanten Durr, der, wie er nachher erklären ließ, einem Putschversuch der Kommunisten damit hätte vorgehen wollen. Die Verhafteten wurden von der Bewachung des Landtags wieder freigesetzt und kamen nach etwa einer halben Stunde in den Saal zurück. Der Rätekongreß protestierte gegen die Verletzung seiner Souveränität. Er forderte strenge Bestrafung der Schuldigen. Wie erklärt wurde, lag kein Grund zur Annahme eines kommunistischen Putsches vor, da die Kommunisten am gestrigen Tage freiwillig ihre Waffen und Maschinengewehre abgeliefert hatten.

## Eine geheime Offiziersversammlung.

Von einer ebenso zuverlässigen, wie gut informierten Seite gehen uns Mitteilungen zu, die die konterrevolutionäre Arbeit beleuchten und die Gefahren aufzeigen, die der Revolution von jenen Offizierskreisen drohen, die die Regierung als ihre sicheren Stützen schätzt. Die erste Mitteilung betrifft eine Wehrversammlung und hat folgenden Wortlaut:

Am Sonntag, den 16. Februar, 12 Uhr mittags, fand im Schloß Charlottenburg eine geheime Versammlung von Offizieren statt. Einberufungen erfolgten durch Major von Heeringen (dem Sohne des früheren Kriegsdienstes) mittels heimlicher Briefe, in welchem die Empfänger zu strengster Geheimhaltung verpflichtet wurden. Etwa 20 bis 30 Offiziere haben an der Versammlung teilgenommen.

Jeder Teilnehmer dieser Versammlung wurde ehrenwörtlich verpflichtet, eine gewisse Menge von Handgranaten und Munition bei sich aufzubewahren und auf ein verabredetes Zeichen (Telephonsprache) sich bewaffnet an bestimmter Stelle einzufinden.

Bei dem ausschließlich von Offizieren geplanten Unternehmen, dem in Berlin eine große Anzahl Teilnehmer angehören sollten, handelt es sich ohne Zweifel um ein seit längerer Zeit sorgfältig vorbereitete konterrevolutionäres Unternehmen, augenscheinlich zum Sturz der jetzigen Regierung und Wiederherstellung der „alten Ordnung“, für das jeder der Vertrauensleute Absichten weiterer zuverlässig gestufter „kaisertreuer Offiziere“ nennen sollte.

Eine weitere Mitteilung läßt uns Einblick in die geplante Organisation tun. Die Waffenauslieferung erfolgt gegen folgenden Schein:

Umschrift:  
O. A. D.  
Hilf. Sa. Nr.  
Gegen Abgabe des Scheines ist zu veranlassen: 1 Gewehr, 60 Munition, 2 Handgranaten, 1 Stahlhelm.  
gez. Bogel, Oberleutnant.

Die Unterschrift interessiert schon deswegen, weil Oberleutnant Bogel bei der Verhaftung Rosa Luxemburgs beteiligt war, und zwar als Transportleiter. Er steht in dringendem Verdacht, durch ungenügende Bewachung sich der Begünstigten des Nordes schuldig gemacht zu haben.

Die kaisertreuen Teilnehmer werden durch die nachfolgende Mitteilung verständigt, daß die Waffen für sie bereit sind:

Königl. Kranken-Gemeinde-Schule  
Oranienstraße 13-15, Flügel B, Zimmer 227.

Euer Hochwohlgeboren werden ersucht, baldmöglichst mit einliegender Anweisung unter Vorlage einer Photographie einen Waffenschein bei der Südwestzentrale der Garde-Regal.-Division, Obenstraße, Zimmer 35 und danach gegen die ebenfalls mitfolgende Bescheinigung die angegebenen Waffen Rönneberger Straße 63, Zimmer 120, in Empfang zu nehmen (persönlich) von 9-1 und 3-6. Die Durchführung der Bewaffnung ist mitzuteilen.  
(gez.) Bueschel, Major.

Nach Herrn Oberleutnant Bogel sehen wir also die Garde-Regal.-Schützen-Division selbst aufzutauchen und erfahren wieder dunkle Geheimnisse aus dem Eidenhotel.

Schließlich wollen wir nur noch bemerken, daß seit der genannten Zeit die Anwerbung und Bewaffnung von kaisertreuen Offizieren in großem Maßstabe fortgeschritten ist.

## Beginnende Wendung.

Die Flut steigt, die Erregung in der Arbeiterklasse wächst von Stunde zu Stunde. Und zugleich wächst die Ueberzeugung, daß nur die Arbeiterklasse selbst durch eintaes und geschlossenes Auftreten der zunehmenden Anarchie, die Richard Müller in der Vollversammlung der A. u. S. Räte gestern treffend geschildert hat, Herr werden kann. Dazu bedarf sie aber eines Organs, und das kann unter den gegenwärtigen Umständen nur der Reichskongreß der A. u. S. Räte sein.

Der Bonfroti, den wir hier der Regierungspolitik vorzuziehen haben, ist überraschend rasch einsetzend. Die rechtssozialistischen Führer hatten sich eingeildet, die Arbeiterräte sowohl wirtschaftlich als politisch völlig auszuhalten zu können. In der überbedenklichen Weise haben sie verkündet, daß mit der Einberufung des Nationalkongresses die Stunde für die Räte geschlagen habe. Vor keinem Konflikt haben sie zurückgeduldet, um den Arbeiterräten alle Macht zu nehmen.

Der gewaltige Streik, der jetzt ganz Mitteldeutschland erfasst hat, ist ausgedehnt, weil die Regierung den Räten der Bergarbeiter nicht die notwendigen Rechte einräumten wollte. Wenn jetzt von der Regierung erklärt wird, es habe sich dabei nur um Mißverständnisse gehandelt, so ist das jeder Schwindler, der dazu dienen soll, der Regierung den Rücken zu erleichtern. In Wahrheit war diese Regierung geradezu befehlen von dem Geist der Feindschaft gegen die Arbeiterräte.

Jetzt steht sie zwieselflos vor der Kapitulation. Was hier vor einiger Zeit gefordert und ausführlich die Notwendigkeit begründet wurde, daß das Räteystem erhalten, daß den Räten sowohl wirtschaftliche als politische Funktionen eingeräumt werden, die in die Verfassung aufzunehmen seien, als hier gescheitert wurde, es konnte sich nicht um eine Vereinfachung, sondern nur um einen Ausbau des Räteystems handeln, konnte der „Vorwärts“ nicht zurecht kommen. Diese angebliche Preisgabe der Demokratie zern, und die Regierung erklärte hochmütig, an die Erfüllung solcher Forderungen sei gar nicht zu denken.

Gestern sah sich der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Fraktion der A. u. S. Räte bereits gezwungen, der von den Unabhängigen beantragten Resolution auf sofortige Einberufung des Reichskongresses auszusprechen und in seiner Rede weitläufige Konzessionen an das Räteystem zu machen. Die Einberufung des Kongresses, die die Regierung in ihrer Verblendung noch vor kurzem abgelehnt, die der Zentralrat menschenleidend hinauszuschieben versucht hat wird nun wohl in kürzester Frist erfolgen.

Damit aber nicht genug. Die Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen, die bisher der rechtssozialistischen Führung gefolgt sind, wächst zusehends. Während bis vor kurzem in der rechtssozialistischen Presse jede oppositionelle Stimmung verbottener war, muß jetzt sogar der „Vorwärts“ dem Ausdruck der steigenden Unzufriedenheit Raum gewähren. Er veröffentlicht eine Zuschrift aus Parteikreisen, in der es heißt:

„Ein Gewitter ist im Anzuge. Die Sturmzeichen, die sich im Süden des Reiches zeigen, drohen auch auf andere Gebiete und von neuem nach Berlin überzuspringen. Gewitterwolke lastet wieder über Berlin. Eine heftige Erblitzung ergreift die Massen, diese erzeugt eine Hochspannung, die in kurzer Zeit zur Entladung drängt...“

Was sind nun die Ursachen dieser drohenden Entwicklung? Es ist das Recht und die Pflicht eines jeden Sozialdemokraten auszusprechen, daß der Arbeiter mit dem bisherigen Entwicklungsgang der Revolution und den gegenwärtigen Ergebnissen gerade in bezug auf Arbeiterfragen nicht zufrieden sein kann.

Es ist ein tragisches Geschick, daß gerade die Sozialdemokratie es ist, die den jämmerlichen Bankrott der alten sozialen Schwereindustrien und verwandter Kapitalkreise übernehmen mußte. Es ist ein tragisches Geschick, daß durch die Uneinigkeit des Proletariats dieselben Kreise sich wieder zusammenschließen können, die jedem Fortschritt, auch dem kleinste, knirschend entgegengetreten. Wer angenommen hat, daß die Kapitalisten, diese Könige und Autokraten im Arbeiterreich, auch nur einen Hauch der neuen Zeit verspürt haben, der befindet sich in einem verhängnisvollen Irrtum. Wir erleben es, daß durch passive Resistenz, Stilllegung der Betriebe und sonstiger Maßnahmen dieser Kreise noch mehr Verwirrung in das wirtschaftliche

getragen wird, in dem Moment, wo nicht die selten Verdienste wie während des Krieges mühsam eingeschrieben werden können. Wir erleben es, daß diese Kreise den Arbeitern das Mitbestimmungsrecht, das elementarste aller demokratischen Forderungen, vorenthalten. Den Arbeitern wird zugemutet, auch weiterhin Söhne der Arbeit zu bleiben und sich ihrem autokratischen Regiment zu fügen.

Wer sieht, wach eine Summe von Erbitterung in allen Arbeitern, ob Hand- oder Kopfarbeiter, aufgeschwemmt wird, der kann es nicht verstehen, daß nicht durch ein Gesetz über eine Verordnung der berufenen Stellen schnellstens Abhilfe geschaffen wird.

Die Hoffnung der Arbeiter auf die Nationalversammlung ist rapide gesunken und nicht wieder gut zu machender Pessimismus hat Platz gegriffen. Es dürfte erwarret werden, daß Reichstags über die Fragen des Wohnungswesens, Lebensmittelversorgung, Arbeitsfragen, Siedlungsfragen, Verbesserung des Arbeiterrechts, Demokratisierung der Betriebe als das oberwichtigste beraten und zur Durchführung gebracht werden, damit hätte man sich die Popularität selbst bei denen gesichert, die objektivs Handen, und Verabigung ins Volk getragen. Statt dessen hält man Reden über ganz andere Dinge und gibt detaillierte Fingerzeige über die Beherrschung, die in Angriff genommen werden soll, die es rechtlich ermöglicht, Vermögen zu beschlagnahmen nach dem Auslande zu bemerklichen. Es ist doch kein Geheimnis, und in den weitesten Kreisen bekannt, daß selbst

durch Motorboote Werttransporte nach dem Auslande vorgenommen wurden.

Wenn unsere Genossen in der Regierung trotz der demokratischen Arbeit nicht einmal die demokratischen Forderungen während der verflochtenen Wochen klar präzisieren bekanntgeben könnten, dann ist es an der Zeit, offen auszusprechen, daß zur Freiwerdung der negativ wirkenden Kraft die Regierungsmitglieder unbedingt zurücktreten müssen in logischer Konsequenz nach parlamentarischen Regeln. Dann werden nur diejenigen wieder die Verantwortung tragen, die uns in das Unglück gestürzt haben. Die Abrechnung des gesamten Proletariats wird dann mit elementarem Gewalt über diejenigen hereinbrechen, die jetzt aus Hartnäckigkeit und ererbter Beschäftigt glauben, dem Volke auch weiterhin alles bieten zu können.

Das ist sicher alles sehr gemäßig ausgedrückt, und die verhängnisvolle Rolle, die die rechtssozialistischen Führer bei dieser Entwicklung gespielt haben, wird schonend übergangen. Aber bezeichnend für den Grad der Unzufriedenheit in der gesamten Arbeiterklasse ist diese Stimme überdies.

So bereitet sich die Stimmung vor, die notwendig ist, damit die letzten der Zeit geschrieben kann: die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse zu einer grundsätzlichen, sozialistischen, revolutionären Politik zur Fortführung der Revolution, die die Durchführung des Sozialismus ermöglicht wird.

Arbeiter befallig der Sozialisierung angenommen und die Regierungstruppen zurückgezogen werden.

## Zwangswelke Beurteilung der Offiziere.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 28. Februar. Heute morgen wurden sämtliche Offiziere des hiesigen Generalkommandos des 19. Inf. Armeekorps zwangswelke vom A. und S.-Rat beurteilt, weil sie sich gegen revolutionäre Bestrebungen schuldig gemacht haben.

Der Amtshauptmann weigert sich, die Lebensmittelverteilung für die Amtshauptmannschaft Leipzig wieder in Gang zu setzen. Er wurde festgenommen. Wenn die Amtshauptmannschaft die Lebensmittelversorgung morgen nicht wieder eröffnet, wird der A. und S.-Rat selbst deren Tätigkeit übernehmen.

## Die Streiklage in Magdeburg.

T. U. Leipzig, 28. Februar. Nach einer Meldung der „Leipz. Volks-Ztg.“ aus Magdeburg befindet sich seit gestern ein Teil der Betriebe im Streik. Das Militär verhält sich neutral. Um 2 Uhr nachmittags fand gestern eine Besprechung aller drei sozialdemokratischen Parteidirectionen und der Gewerkschaftsdeputierten statt, die sich mit der Streiklage befaßte. Eine Fortsetzung der Kommunisten beschloß, die Arbeiter mit Gewalt aus den Betrieben herauszubolen. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten, haben sich zu einem Kartell zusammengeschlossen. Inzwischen hat sich auch der Streik auf eine weitere Anzahl von Betrieben ausgedehnt. Heute nachmittags soll der Beschluß über den Generalstreik von den beiden sozialistischen Parteien gefaßt werden. Der Eisenbahnverkehr Weimar-Erfurt ist unterbrochen. Die auf dieser Strecke liegende Eisenbahnbrücke ist gesprengt worden. (7)

## Aufruf zum Sympathiestreik.

Die Funktionäre der Schwarzrotten Arbeitervereine haben folgende Entschlüsse angenommen:

Im Hinblick auf die politische und wirtschaftliche Lage im Reich, die die Folge und der Ausdruck des Bürgerkriegs- und der Durchhaltenspolitik ist, die Folge des Verrats der Gewerkschaften und des Verrats der Ober-Schleiermann-Kasse an der Klassenkampf- und Arbeiterklasse, ist es dringend notwendig, daß die Arbeiterklasse eine Stellung nimmt gegen die Regierung und sich entschließt, den neu entbrannten Kampf in Mitteldeutschland moralisch und tatsächlich zu unterstützen. Sie fordern daher die Zusammenkunft der A. Räte Wehr-Berlin und alle revolutionären Kreise auf, sofort in Aktion zu treten. Sie dokumentieren ferner einstimmig, daß nur die radikalste und radikalste Durchführung des A. R. die Sicherung der Revolution verleiht. Sie fordern sofortige Durchführung der sieben Hamburger Punkte. Sie fordern die gesamten Proletarier Wehr-Berlin, insbesondere das Beschäftigte auf, sich mit den streikenden Klassenangehörigen im Reich solidarisch zu erklären und ersuchen die Zusammenkunft der Berliner Arbeiterräte in Berlin, sofort den Sympathiestreik zu erklären.

## Die Regierungstruppen in Düsseldorf.

Münster, 28. Februar. Das Generalkommando teilt nachmittags 5 Uhr mit: Die Regierungstruppen sind heute vormittag in Düsseldorf eingetroffen. Das Ständehaus und die Bahnhöfe sind besetzt worden. Die Haupttrabantenführer der Sozialisten sind entkommen. Im übrigen herrscht Ruhe.

## Wer wird entwaffnet?

Die „F. F. A.“ erfahren von „zufälliger Stelle“, daß das Ministerium des Innern eine am 1. März beginnende erneute systematische Absuchung Berlins nach Waffen angeordnet hat.

Zweierlei an dieser Anordnung erscheint bemerkenswert: Die Absuchung der Häuser soll von den Truppen nur in Zusammenarbeit mit der Polizei erfolgen. „Selbständige Durchsuchungen ohne Mitwirken der Polizei sind verboten.“ Man ist also durch die Erfahrung wenigstens so weit klug geworden, daß man den Regierungstruppen das Betreten und Durchsuchen von Privatwohnungen ohne Polizeiaufsicht nicht mehr anzuvertrauen wagt.

Zweitens ist es recht interessant zu erfahren, wer von der Pflicht zur Ablieferung der Schusswaffen befreit ist. Es heißt dort:

Von der Pflicht zur Ablieferung der Schusswaffen sind befreit: a) diejenigen Personen, die zur Führung von Waffen (Kost ihres Amtes oder Dienstes berechtigt sind (Polizeibeamte, Militärpersonen); b) die Inhaber von Waffenscheinen, die von dem gegenwärtigen ersten Kommandanten von Berlin, von dem gegenwärtigen Polizeipräsidenten oder den Vordrägen der Kreise Teltow oder Niederbarnim ausgehört sind; c) die Inhaber von Jahresjagdpatenten.

Das heißt also: Landräte bestimmen darüber, wer bewaffnet sein darf und wer nicht. Und auch der, der soviel Geld hat, daß er sich eine Jagd packen oder einem Jagdbereim anschließen kann, darf Waffen besitzen. Der Arbeiter aber, der kein Geld und keinen Jagdschein hat, dessen Wohnung wird durchsucht, der wird entwaffnet.

## Jurisdiktion französischer Besatzungstruppen.

Berlin, 28. Februar. Auf eine mündliche Anfrage der Deutschen Waffentillhandelskommission in Spa teilt General Rudon mit, daß die Jurisdiktion der französischen Truppen aus Mannheim auf das linke Rheinufer und die Verkehrsvereine zwischen Mannheim und Ludwigshafen auf die in Mannheim ausgebrochenen Unruhen zurückzuführen sei. Als die zur Verhütung der Ordnung herbeigefahrenen drei deutschen Bataillone eintrafen, seien die französischen Truppen zurückgenommen worden, um ihr Zusammenstoßen mit den deutschen Truppen zu vermeiden. Sobald die Unruhen in Mannheim beigelegt seien und die deutschen Truppen nicht mehr benötigt würden, bedürfe es nur einer Benachrichtigung des französischen Abteilungscommandeurs, um den Verkehr in dem Umfange wie zuvor wieder herzustellen.

# Die Streikbewegung.

Leipzig, 28. Februar, 8 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Der Streik hält sich in Leipzig auf der alten Höhe. Heute morgen haben 10 Volkerversammlungen stattgefunden. Die sich mit dem Streik beschäftigen. Die Stimmung ist außerordentlich gut. Der Gegenstreik der Bürgerlichen vermag die Arbeiterklasse nicht von ihrem Streikwillen abzubringen. Die Gegenmaßnahmen der Streikleitung machen sich bereits fühlbar. Die Ortskrankenkassen werden morgen früh wieder arbeiten. Die Amtshauptmannschaft ist von der Streikleitung besetzt worden. Es wird auf die Beamten einwirkert, um sie zur Arbeit zu zwingen. Es läßt sich jetzt schon sehen, daß der Gegenstreik der Bürgerlichen wirkungslos ist, daß er vielmehr die Erbitterung der Arbeiterklasse steigert. Der Eisenbahnverkehr ruht noch wie vor.

In Halle ist die Stimmung dieselbe. Der Gegenstreik der Bourgeoisie ist zusammengebrochen. Auch im Bezirk ist die Streiklage allmählich. Der Streik hat auch Thüringen erreicht. Die letzten Verbindungen mit Weimar sind abgebrochen. Es gibt weder eine Verbindung nach Erfurt noch nach Gera. Die Nationalversammlung ist damit faktisch interniert. Die Stimmung der Nationalversammlung ist außerordentlich gedrückt. Die rechtssozialistischen Minister machen Annäherungsversuche, namentlich der Reichsarbeitsminister Bauer und der Bergarbeiterführer Dubs bemühen sich darum, ein Zeichen, daß der Boden unter ihren Füßen wankt.

Leipzig, 28. Februar, 12 Uhr vorm. (Eig. Drahtber.) Der Streik verschärft sich. Heute vormittag ist der Amtshauptmann verhaftet worden, weil er sich weigerte, das Lebensmittelamt zu öffnen. Er erklärte, daß er nur der Gewalt weiche. Außerdem hat er auch den Arbeitern zur Abwendung der Gewalts die Räume verweigert. Es muß abgewartet werden, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Der Amtshauptmann hat inzwischen schon Trost erhoben und erklärt, daß die Lebensmittelstellen freigegeben werden. Die Angestellten und Beamten weigern sich aber zu arbeiten. Mor wird morgen früh dazu übergeben, die Amtshauptmannschaft sowie die Stellen der streikenden Beamten und Angestellten mit Beauftragten des Streikkomitees zu besetzen. Von Seiten des Bürgeriums wird der Streik sehr stark angenommen; sämtliche Sparbörsen und Banken sind geschlossen, so daß Auszahlungen von Geldern nicht mehr möglich sind. Die Ortskrankenkassen haben den Dienst eingestellt. Die Auszahlung von Krankengeldern an die Kranken ist nicht möglich. Das Postamt 1 in Leipzig ist durch den Streik der Beamten ebenfalls stillgelegt. Heute vormittag sollen Verhandlungen in Halle stattfinden, gestern abend war Reichsarbeitsminister Bauer in Halle.

Halle a. S., 11 Uhr vorm. (Eig. Drahtber.) Es ist alles ruhig. Die Bevölkerung geht sonntäglich geistlich spazieren, und ist von sozialistischen Narben nichts zu merken. Die Arbeiter halten vollständige Ruhe, trotzdem die Polizei gegen sie in legendenweise militärischen Bewisungen haben nicht stattgefunden.

Karlruhe, 28. Februar. (W. T. U.) Das Gewerkschaftskartell und die sozialdemokratische Partei Karlruhe hatten die Karlruher Arbeiterklasse für heute nachmittags zu einer Massendemonstration im Saale der städtischen Festhalle eingeladen. Da der große Saal die bestreimenden Mengen der Arbeiter nicht annähernd zu fassen vermochte, mußte gleichzeitig eine Versammlung vor der Festhalle im Freien abgehalten werden. Es wurde Stellung genommen gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung, die Wohnungsnot, die unannehmliche Zurückhaltung der Kriegs- und Zivilisangenen, ferner gegenreaktionäre Vorkerbungen, aber auch insbesondere gegen Vorkerbungen und sozialistische Bestrebungen. Anschließend wurde zur Ruhe, Ordnung, Einigkeit und Arbeit ermahnt. In diesem Sinne lautende Entschlüsse fanden einstimmige Annahme. Dann begab sich der gewaltige Demonstrationzug von weit über 10000 Arbeitern nach dem Marktplatz, wo sich die Menge verteilte. Die Ruhe wurde nirgends gestört. Habe len und Geschäfte hatten geschlossen, um ihren Arbeitern und Angehörigen die Möglichkeit zu geben, sich an der Kundgebung zu beteiligen.

Rönigsberg, 28. Februar, 1 Uhr mittags. (Eig. Drahtbericht.) Besten haben in Rönigsberg fast alle Betriebe gestreikt, weil die Arbeiter mit der Lebensmittelversorgung nicht einverstanden waren; insbesondere verlangten sie, daß das Militär nicht bestreift wird als die Zivilbevölkerung. Eine bessere Kontrolle des Schleißhandels soll stattfinden. Ungefähr 30000 bis 50000 Personen nahmen an den Kundgebungen teil. Es wurde eine Deputation gewählt, die mit den Behörden, dem Arbeiterrat und dem Provinzialrat verhandelt. Diese Deputation ist jetzt als dauernde Einrichtung (Ernährungsbeirat) geschaffen. Das war Zweck und Ziel des Streiks. Heute morgen haben die Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen. Sollten jedoch wieder Mißstände eintreten, werden sie wieder in den Streik treten. In Blauvergleichen ist es nicht gekommen.

## Der Generalstreik in Thüringen.

Leipzig, 28. Februar. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) In allen bedeutenden Industriestädten ruht die Arbeit vollständig. In fast allen Städten Thüringens haben die von Arbeiterverbänden beiseiten bürgerlichen Zeitungen ihre Erscheinen einstellen müssen.

In Gotha haben die bürgerlichen Parteien den Gegenstreik bereits wieder eingestellt. Alle Geschäfte sind wieder geöffnet; die Post arbeitet gleichfalls wieder. Dagegen wird der Generalstreik der Arbeiter fortgesetzt. Diese verlangen Abschaffung der Kommandogewalt, Beibehaltung der A. und S.-Räte und sofortige Sozialisierung der Großbetriebe. Eine Verständigung mit den Regierungstruppen ist noch nicht erfolgt.

Gotha, 28. Februar, 11 Uhr vorm. (Eigener Drahtbericht.) Zurzeit befindet sich noch alles im Generalstreik. Die Lebensmittelverteilung, die der Arbeiterrat gipfeln hatte, ist wieder freigegeben worden, da die Not zu groß wurde. Gleichzeitig haben die Beamten der Ortskrankenkassen die Auszahlung des Krankengeldes wieder aufgenommen, nachdem sie sich erst geweigert hatten, weiterzuarbeiten. Auch die Geschäfte sind wieder geöffnet, nachdem der Gegenstreik des Bürgeriums ins Wasser gefallen ist. Das Elektrizitätswerk arbeitet wieder, nachdem es gelungen ist, Streikbrecher zu erhalten, die nun unter militärischem Schutz arbeiten. Die Regierungstruppen sind in ihrer großen Mehrzahl abgezogen, da sie wohl wo anders gebraucht wurden. An dem Gegenstreik der Bürgerlichen war auch die Reichspost beteiligt. In Eisenach war der Streik beendet, da falsche Nachrichten eingegangen waren. Doch jetzt ruht alles wieder.

## Ausdehnung des Streiks auf Dresden?

Dresden, 28. Februar. Im Anschluß an eine Demonstration von Arbeitslosen kam es heute vormittag zu einem Umzug, der sich zum Elektrizitätswerk begab. Hier wurde mit den Arbeitern verhandelt, die darauf beschloßen, in einen Sympathiestreik für die Arbeitslosen einzutreten. Insofern ist es sehr wahrscheinlich, daß Dresden von heute nachmittags ab ohne Licht sein wird. Auch in den übrigen Betrieben hat man Neigung, sich dem allgemeinen Generalstreik anzuschließen.

## Gera gegen den Generalstreik.

Gera, 28. Februar. Gestern tagten hier sämtliche sozialdemokratischen Organisationen, einschließlich der Gewerkschaftsvereine. Es wurde einstimmig beschlossen, den Generalstreik abzulehnen.

## Der Gegenstreik der Bürger.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 28. Februar. Die Leipziger Föderations-Jungung hat ihre Mitglieder durch Zirkular aufgefordert, sich dem Bürgerstreik anzuschließen und ihre Betriebe einzustellen. Es sollen nur noch die letzten Sachwaren verkauft werden. Der A. und S.-Rat wird das Nötige tun, um die Arbeiterbevölkerung mit Sachwaren zu versorgen. Zunächst werden die Föderation des Konsumvereins die Prothetischen in großem Umfange übernehmen. Ferner ist Verlangen getroffen, daß die Verteilung von Sachwaren, wenn nötig, in kommunale Hände übernommen wird. Die Verträge und Waffenscheine sind in ganz rigoroser Weise gegen die streikenden Arbeiter vor. Die Verträge haben ihre Praxis eingestellt. In den Krankenhäusern werden schwerkranke Patienten ohne genaue Untersuchung auf die Straße gesetzt.

Dem 8 Uhr-Abendblatt wird aus Leipzig gemeldet, daß dort vollkommene Ruhe herrscht. Der Generalstreik der Arbeiter geht weiter. Jedoch wird der Bürgerstreik nicht mehr annähernd durchgeführt, verbliebene Lebensmittel haben wieder ihre Wirtschaft geöffnet. Die Stadt war gestern abend vollkommen in Dunkel gehüllt. Mit Ausnahme der unabhängigen Blätter erschien keine Zeitung. Aus dem übrigen Sachsen liegen infolge der Telefon- und Telegraphenstörungen nur spärliche Nachrichten vor, jedoch lassen diese erkennen, daß der Generalstreik überall fortbauert.

## Die Forderungen der Ausländigen.

Leipzig, 28. Februar. (Meldung der Telegraphen-Kompagnie.) Aus Halle wird gemeldet, daß der Reichsarbeitsminister Bauer der Streikleitung Einigungsverhandlungen vorgeschlagen habe. Die „Leipziger Volkszeitung“ nimmt in einem Flugblatt dazu Stellung und erklärt, die Verhandlungen würden nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn die Forderungen der

# Der Zusammentritt der preussischen Nationalversammlung verjagt.

Weimar, 28. Februar. (Mittl.) Mit Rücksicht auf die Verlesung der Verfassung hat das preussische Staatsministerium beschlossen, den Termin für den Zusammentritt der Nationalversammlung auf unbestimmte Zeit hinauszuschieben.

# Deutsche Nationalversammlung.

17. Sitzung, Freitag, den 28. 2. 19. 10 Uhr.

## Erste Beratung des Entwurfs einer Verfassung des Deutschen Reichs.

Präs. Behrendt teilt den Beschlus des Seniorenkongress mit, daß von jeder Fraktion zwei Redner mit einer Redezeit von je einer Stunde zum Wort kommen sollen.

Herr v. Bismarck (Soz.) Auf Blut und Eisen ist das alte Reich begründet worden, und in Blut und Gewalt ist es zusammengebrochen. Mit dem Untergang ist auch die ganze Geschichte des alten Reichs (Sehr richtig! b. d. Soz.) Widerstand und Wut (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von der ersten bis zur letzten Stunde hat uns tiefe Nacht regiert und die Parteien getrennt. Herrschet und gemordet im innern. Hand es im Klang der Waffenwehr drohend nach außen vor, bis es unter dem Sturm des Völkerrings und der Revolution zusammenbrach. Jetzt soll ein neues, mit den andern Völkern Europas gleichberechtigtes, gleichwertiges und ebenbürtiges Deutschland aufgebaut werden. Wir Sozialdemokraten haben dabei die besondere Aufgabe, es mit sozialem und sozialistischem Geiste zu erfüllen. Davon ist leider nur recht wenig in diesen Entwurf hineingekommen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Schon die Wahl des Wortes „Reich“ in der Verfassung war kein guter Griff. Wir werden daher beantragen, das „Reich“ zu sagen „Deutsche Republik“. Als Sozialdemokraten sind wir Anhänger des Einheitsstaates und Gegner des verfallenen Föderalismus. Seitdem wir freilich haben erleben müssen, daß Unabhängige und Sozialisten in Bayern sich als Siegelbewahrer des bayerischen Föderalismus bedient haben, sind wir geneigt, manden partikularen Bezugsstellen wenigstens mildernde Umstände zuzubilligen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Grundsachlich verlangen wir, daß nur allen Gebieten der Schritt vom Federalismus zu deutscher Einheit mit voller Ruckhaltlosigkeit getan wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsthal behalten wir uns bis zur endgültigen Bestimmung seiner Verfassung vor. Genauso bezuglich des Reichspräsidenten, da manche der im in der Vorlesung ausgesprochenen Befugnisse uns zu weit gehen. Es fehlt in der Verfassung eine Bestimmung, wie sie Frankreich hat, wonach die Mitglieder der baher regierenden Familien für die Präsidentschaft der Republik nicht wählbar sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Verfassungsentwurf trägt bedauerlicherweise den Stempel des Kompromisses zwischen den Anforderungen des Einheitsstaates und den Forderungen des Federalismus offen an der Stirn. Darunter hat die Klarheit an manchen Stellen gelitten. So heißt es u. a., daß eine Entscheidung nur auf geheimer Grundlage gegen Entscheidung angenommen werden kann. Das ist uns zu unangenehm und bedeutet u. a. bei der Sozialisierung der Bergwerke möglicherweise eine Entschädigung für den Entgang kunstiger Gewinne, d. h. Verzehrung der Liebesgaben an die Arbeiter und Thierkunstler. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die politischen Funktionen der A. und S.-Räte sind ja heute gegenstandslos geworden, aber auf wirtschaftlichem Gebiete verbleiben ihnen noch wie vor ein weites Feld. Die Hoffnung, daß endlich Eisenbahn- und Wasserverkehrs ausnahmslos dem Reiche vorbehalten werde, ist bitter enttäuscht worden. Auch die Schulverwaltung ist leider nicht auf Reichsweite erhoben worden. Nicht einmal die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist gesichert, denn wenn ein Mädchen es will, bleibt es beim Schulgeld. Auch die Einheitschule ist nicht erreicht worden. Auf dem Gebiete des Schulwesens muß die Regierung den Schritt, den die neue Zeit erfordert, tun, und dem Reichsthal die Verantwortung dafür überlassen, ob er daran das Verfassungswerk scheitern lassen will. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Dr. Spahn (Centr.): Aus territorialen, ethnographischen und kulturellen Gründen wird das Deutsche Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben müssen. Es heißt nicht, die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs, künstliche Sache des Reichs in Gesetzgebung und Verwaltung sind die Beziehungen zu auswärtigen Staaten. — Eine Scheidung zwischen Reichs- und Bundessteuern, direkten und indirekten Abgaben ist nicht vorzunehmen, so daß das Reich auch auf direkte Steuern zurückgreifen kann. Dabei ist aber Vorsicht geboten, damit die Einzelstaaten ihre kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen imstande bleiben.

Herr Dr. v. Delbrück (D. V.): Die Revolution hat die rasche demokratische Fortentwicklung gewaltig gefördert. Die demokratische Monarchie, wie sie im letzten Herbst bei uns entstanden war, hätte völlig angedeutet, um auch die weitestgehenden Ziele der auheren Vorkriegszeit zu verwirklichen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Am vorliegenden Entwurf sind viele Mangels des alten Bundes wieder enthalten, aber gerade die wertvollsten Punkte der vorkrieglichen Gedanken fehlen in ihm. (Sehr richtig! bei den Soz.) Er ist ein Gesetz zur allmahllichen Auflösung des Deutschen Reichs. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Entwurf erfüllt nicht seine Aufgaben, eine hinreichende Grundlage für die Aufrechterhaltung und Fortentwicklung der Reichsverwaltung zu bieten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist ein Fehler, daß das Reich keinen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung in den Einzelstaaten hat. Neben dem Reichsthal sollte eine erste Kammer stehen, wenn auch in anderer Zusammenstellung als das Staatenhaus.

## Schlußsatzung.

Herr v. Bismarck (Soz.) polemisiert gegen Delbrück und sagt: Der erste und wichtige Punkt ist die Einheit des Reichs (Sehr richtig!) Der zweite Grundstein, auf dem unser neues Reich erbaut werden soll, ist der Gesichtspunkt der Demokratie. Wer sollte unterem Worte nach heissen können, als die selbstwahlten Rater? Demokratie soll nicht Sandha sein, sondern Sandha (Sehr richtig!) Die beste Ausdrucksform der Demokratie ist der Parlamentarismus. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Herr Dr. v. Delbrück (D. V.) tritt für ein hartes Vorgehen ein. Herr Dr. v. Bismarck (Soz.): Das Verfassungswerk darf nur ein Mittel sein, der Revolution zu vollständiger Herrschaft zu verhelfen. In die Parteiführung können wir nicht anknüpfen. Hier in Weimar bemacht sich das Bürgertum, die verbotene Revolution möglichst zu verhindern. Der Entwurf bietet nur Halbmaen. Nicht einmal die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist gesichert. Auch die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist nicht gesichert. Auch die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist nicht gesichert. Auch die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist nicht gesichert.

In den Vereinigten Staaten haben Sie das auch in der Gestalt der berühmten Volksschule an den Kongress. Die Zahl der Reichsthalmitglieder begrenzt sein. Das Recht jedes einzelnen Abgeordneten auf Interpellation der Regierung müsse in der Verfassung festgelegt sein. Die „Reinen Anspachen“ haben sich nicht bemacht. Wenigstens die reinen Richter müssen durch das Volk gewählt werden. Die fremdsprachigen Teile des Volkes müssen durch die Verfassung geschützt werden. Vielleicht auch die nationalen Minderheitsrechte der Juden, (Lachen.) Der Sozialismus muß auch in die Bestimmung aller Volksglieder bringen. Nur, wenn die Verfassung und die Mittel dazu bietet, eine solche Bestimmung zu vertiefen, wird sie ein Werk sein auf das unsere Ehre stolz sein können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Haus verlegt sich. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Anträge und keine Vorlesungen.) Die Besprechung der Verfassungsentwurfs wird erst am Montag fortgesetzt. Schluß 7 1/2 Uhr.

# Die Vollversammlung der A. u. S.-Räte.

In Fortsetzung seiner Rede kritisierte Richard Müller, daß in der Zeit der Robinnos Luxus-Industrien übergangen Robben erhalten, während die Fabrikation von Kolomoniden wegen Robbenmangel eingestellt werden muß. In Vergungsdiskussionen in Berlin herrsche eine Richterschwung, wogegen energisch vorgegangen werden müsse.

Diese anarchischen Zustände können nur durch die Arbeiter-Räte beseitigt werden. Aber die ganze bürgerliche Gesellschaft bis hinein in das Lager der Rechtssozialisten wolle die Arbeiter-Räte beseitigen. Habe doch die Regierung erklärt, „kein Mitglied des Kabinetts denke daran, das Rätesystem in irgendeiner Form, sei es in der Verfassung, sei es in der Vermittlung einzuführen“. (Starker Entrüstung!) Die Arbeiter müssen Tag und Nacht arbeiten, wenn die Arbeit einem sozialistischen Staatswesen geführt. (Sehr richtig!) Die Ursache der Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier und Westpreußen seien nicht parteipolitische Umtriebe, sondern das ablehnende Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialisierungsforderungen der Bergarbeiter. Als die Reinerkommission der Bergarbeiter zum Zwecke der Sozialisierung des Bergbaus gebildet war, wurden sofort alle Streiks abgebrochen. Die Vorbereitung für die Sozialisierung ist aber das Rätesystem. Die Arbeitergemeinschaften aber bedeuten das Ende der Arbeiter-Räte. Auch durch Verweigerung der finanziellen Mittel wird versucht, die Arbeiter-Räte abzuwandeln. In dieser Hinsicht haben die rechtssozialistischen kommunalen Arbeiter-Räte den Wegnern die hilfreiche Hand geboten, indem sie selbst für ihre Ausschaltung sich entschieden. So leichtfertig sollte man revolutionäre Errungenschaften nicht preisgeben.

Auch auf politischem Gebiete herrscht die Anarchie. Die Nationalversammlung in Weimar ist in einer Falle. Rings herum bilden sich Räte-Republiken. Wie in Bayern und Preußen wird die Umwandlung in den anderen Ländern zur Räte-Republik führen.

Die Freiwilligenkorps haben auf militärischem Gebiete die Anarchie hervorgerufen. Allein im Januar haben sie eine Ausgabe von 24 Millionen erfordert, und im Monat Februar dürfte die Ausgabe noch größer sein.

Wenn die Regierung nicht imstande ist, dieser Anarchie Herr zu werden, so muß sie abtreten. (Lachen, Beifall bei den Anarch.) Ihre Politik führt uns ins Elend immer weiter hinein. Ein Entkommen ist nur möglich durch die Tätigkeit der Arbeiter-Räte. Wir müssen in Zukunft auch in Deutschland zu einer Räte-Republik kommen. (Starker Beifall und Zurufe der Kommunisten: Diktatur!) Habt ihr denn (zu den Kommunisten gerichtet) kein anderes Argument als nur das eine Schlagwort für die Grundlage für die gemeinsame Arbeit aller Arbeiter-Räte zu schaffen. Ist die bahige Umberufung eines zweiten Ratekongresses unbedingt notwendig.

Redner beantragt, eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene Resolution.

Im Auftrage der Fraktion der S. V. D. erlast das Wort Kallst: Er tritt ebenfalls für einen Ratekongress ein, der bis zum 15. März einberufen werden könnte. Der Räte-Gedanke ist in der Arbeiterschaft zu sehr verankert, als daß er übergangen werden könnte. Er gebe zu, daß die Unfähigkeit der Regierung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete seit dem 9. November der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Entscheidung unseres Wirtschaftslebens darstelle. Auch für die Umwandlung der Arbeiter in Wirtschaftselben hat die Regierung nichts Positives getan. Die Nationalversammlung bescheidige ihn auch nicht. Die Verfassungfrage ist nicht einmal den liberalen Forderungen Rechnung, ebensowenig dem notwendigen Einheitsgedanken. In der Verfassung muß das demokratische Rätesystem verankert werden. Während das Parlament das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Vertretung der Bevölkerung nach ihrer besonderen Zahl darstellt, ist die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Rätesystem aufbaut, die Vertretung der Produktivkraft des Volkes. Die Kammer der Arbeit repräsentiert somit die lösenden Kräfte der einzelnen Klassen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, also den Aufbau des Sozialismus. Die deutsche Einheitsrepublik wird von unten aufgebaut werden durch selbstverwaltende Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder; ihre Zusammenfassung bildet das Reich. In jeder dieser genannten politischen Einheiten muß das Parlament herrschen, ergänzt durch die Kammer der Arbeiter. Die Aufgaben dieser Kammer haben zu bestehen in Ausarbeitung und Prüfung aller Geleise wirtschaftlichen Charakters. Dauernde Untersuchung der wirtschaftlichen Entwicklung mit dem Recht der Initiative bei der Sozialisierung einzelner Produktionsweize. Die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer und Gewerkschaften kommen zur Regelung der Verfassungen in Betracht, auch hier müssen die Arbeiter-Räte vertreten sein. Diese Arbeitsgemeinschaften können den Unterbau der Sozialisierung, die sozialistische Schule für die kommenden Betriebsleiter aus dem Arbeiterstande bilden.

Der Redner beantragt eine entsprechende Resolution, die von der Fraktion der S. V. D. einstimmig angenommen worden ist.

Dr. Wagner (Demokrat) schloß sich der Forderung einer radikalen Einberufung eines Ratekongresses ebenfalls an. Der Kongress dürfte aber nicht beschäftigt, die Nationalversammlung zu ersetzen. (Zuruf: Nationalversammlung zum Tausel ja!) Mit einem Kongress, der beratende Aufgaben sich stellt, würden wir nicht einverstanden sein. Der Ratekongress darf nur eine Ergänzung der Nationalversammlung sein. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. In die Freiheit des Volkes für die Sozialisierung, so stimmen wir dem zu. Auch wir wollen, daß endlich gehandelt wird. Redner erklärt, daß er und seine Freunde sich nicht auf eine Resolution mit bestimmten Grundlagen festlegen können, er wünsche, daß die Resolution noch einmal von den Fraktionen durchgesprochen werde.

Der Ratekongress bedürft einer gründlichen Vorbereitung. Er habe sich mit dem Aufbau des Ratesystems, mit der Ausschaltung der Masslinien für die Sozialisierung zu beschäftigen. In Anbetracht der abgelaufenen Zeit sollte zur Vorbereitung des Kongresses eine partielle Kommission eingesetzt werden. Der Ratekongress könnte dafür nicht mehr in Frage, er habe mit einem Aufhält bereits im Grabe; unter Hintansetzung aller politischen Zwecke sollte der Kongress sich lediglich mit dem Aufbau unseres Wirtschaftslebens beschäftigen.

Der Vorsitzende teilt mit, daß eine Abordnung der A. u. S.-Räte in Lenneporf, die 7000 Arbeiter beschäftigen, erschienen sei, der Nationalversammlung eine Erklärung abzugeben. Ein Mitglied der Kommission (U. S. V. D.) verleiht die von den Arbeitern der A. u. S.-Räte angenommene Resolution, die eine sofortige organisatorische Vorbereitung des Generalkongresses fordert; sie verlangen von der Nationalversammlung die sofortige Stellungnahme zum Generalkongress und die Ausschaltung der Räte-Republik für Deutschland. (Großer Beifall bei einem Teil der Nationalversammlung.) Die Arbeiter warten nur auf den Ruf ihrer Führer.

Es sprechen dann noch Mitglieder der Kommission, die die S. V. D. und die Kommunisten vertreten. Sie ermahnen die Arbeiter-Räte, besonders die auf dem rechten Flügel stehenden, das Gebot der Stunde zu erkennen, die von ihnen vertretenen Arbeiter seien nicht mehr länger vor dem Streik zurückhalten zu lassen. Herrschend (Kommunist) wendet sich gegen die Nationalversammlung, die keine positive Arbeit geleistet habe und ergebe die Demokratie der Stimmzettel, die eine überlebte Einrichtung ist und die Meinung des Volkes nicht zum Ausdruck bringe. Die Ausschaltungen Kallstis lassen erkennen, daß die Rechtssozialisten genau so wie am 9. November fahlen, daß der Boden unter ihren Füßen hinweggeleite. Sie bemuchen sich, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Redner tritt für die Diktatur des Proletariats ein. Auch er beantragt eine Resolution, die verlangt, daß A. und S.-Räte die politische und wirtschaftliche Gewalt übernehmen und der neue Zentralrat die oberste politische Gewalt des Reichs darstelle. Der Reichskongress der A. und S.-Räte soll die Nationalversammlung bis aufgehoben erklären. Der Berliner Volksguard habe sich zu nachfolgend die Tätigkeit des baherigen Zentralrats auszuube. Ferner beantragt Redner mit Rückhalt auf die Aufnahme der Arbeitslosen Neuwahlen der Arbeiter-Räte für Berlin und Umgebung.

Auf Antrag Wagner wird die Debatte geschlossen. Ein Arbeiter-Rat des Reichskohlenkommissars erklärt, daß die Kohlenverteilung gerade vorgenommen werde.

Kallst (U. S. V. D.) gibt die Erklärung ab, daß die Fraktionsverbande der U. S. V. D. und der S. V. D. auf Veranlassung der Rechtssozialisten sich auf eine Resolution geeinigt haben (Beifall). Die Arbeiter-Räte der S. V. D. ziehen ihre Resolution zugunsten der von Genossen Wagner beantragten Entscheidung, die nur unwesentlich geändert wurde, zurück. Die gemeinsam beantragte Resolution lautet:

Die am 28. Februar 1919 tagende Vollversammlung der Reichs-Räte A. und S.-Räte wendet sich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, die A. und S.-Räte zu beseitigen. Sie protestiert gegen die in der Nationalversammlung zu Tage getretenen Versuche, den A. und S.-Räten jedes Lebensrecht zu verweigern. Mit gleicher Entschiedenheit protestiert sie gegen den offenen und verhehlten Widerstand, der den A. und S.-Räten von staatlichen, militärischen und kommunalen Behörden entgegengebricht wird. Auch die Ausschaltung der Arbeiter-Räte durch das Unternehmertum wird sie nicht kampflos hinnehmen.

Die Vollversammlung legt allen Arbeiter-Räten die Pflicht auf, mit aller Energie den Kampf gegen den Kapitalismus und der Reaktion entgegenzutreten, mit Hilfe des Ratesystems den Sozialismus zu verwirklichen und volle politische Freiheit zu erkämpfen.

Die Nationalversammlung müssig die verzugerte Einberufung des Ratekongresses und verlangt dessen Einberufung bis spätestens den 15. März durch den Zentralrat. Jede weitere Verzugung birgt die Gefahr einer wirtschaftlichen Katastrophe in sich, deren Verblutung das Lebensinteresse des deutschen Volkes ist.

Der Volksguard wird beauftragt, ohne Verzug mit dem Zentralrat über die Einberufung des Kongresses zu verhandeln. Kommt eine Verhandlung nicht zustande, hat der Volksguard sofort eine neue Vollversammlung der A. und S.-Räte einzuberufen, die spätestens am Dienstag, den 4. März stattfinden muß.

Die Entscheidung wird gegen wenige Stimmen der Kommunisten angenommen. Sie soll der Regierung in Weimar telegraphisch übermittelt werden.

Der Antrag der Kommunisten, daß der Volksguard die Aufgaben des Zentralrats bis zum Ratekongress übernehmen sollte, wird abgelehnt.

Auf Antrag von Straffer (S. V. D.) erhalten die Verbände der Fraktion den Auftrag, aus je drei Vertretern der vier Fraktionen eine Kommission zu bilden, die Richtlinien für den Aufbau des Ratesystems auszuarbeiten habe. Darauf wird zur Neuwahl des Volksguardes geschritten. Die Kommunisten erklären, daß sie nach dem Aufhält der U. S. V. D. von der beabsichtigten Listenverbindung mit der U. S. V. D. zurücktreten. Die Wahl hatte folgendes Resultat:

S. wurden abgeben 710 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der U. S. V. D. 328 Stimmen, S. V. D. 271 Stimmen, Kommunisten 98, Demokraten 76 Stimmen. Die Wahl erfolgte nach den Grundlagen der Verhandlung unter Zugrundelegung der Stimmzahl mit verbundenen Listen. Die Listen der U. S. V. D. und der Kommunisten wurden verbunden.

Nach erfolgter Wahl tritt der Volksguard Neue (S. V. D.) mit, daß der Saal geräumt werden muß, weshalb er die Verammlung am Dienstag vertage. Aus der Verammlung werden ständische Rufe nach Abstimmung über die Resolution der Hennigsdorfer Arbeiter laut.

Müller wies darauf hin, daß eine gewisse parlamentarische Geschäftsführung notwendig sei. Die Resolution werde ordnungsgem in der nächsten Verammlung behandelt werden (Zuruf: zu spät!) Seiner Aufforderung, das anderweitig vertagene Referat zu räumen, wird nur von den Rechtssozialisten Folge geleistet. Die im Saale verbleibenden Arbeiter-Räte ergeben sich in schärfen Angriffen gegen die Geschäftsführung.

Schließlich gibt von der Gallerie der Obmann der Deputation der Hennigsdorfer Arbeiter die Erklärung ab, daß sie im Interesse der Disziplin sich mit dem Vorklage Müllers einverstanden erklären werden unter der Bedingung, daß keine weitere Verzugung in der Vorbereitung des Generalkongresses eintreten und der Dienstag als der letzte Termin für die zu treffende Entscheidung zu gelten habe. Darauf verlassen die Anwesenden den Saal.

# Hausdurchsuchung bei der „Roten Fahne“.

Im Auftrage der Staatsanwaltschaft I wurde gestern abend um 7 Uhr bei der Redaktion der „Roten Fahne“ in der Wilhelmstraße 114, eine Durchsuchung vorgenommen. Sie sollte den Zweck, bestimmte Verlonen, gegen die Haftbefehle vorliegen, zu ermitteln, Kriminalkommissar Weibel mit mehreren Beamten und einigen Soldaten, die das Haus absperren, erschien pldtlich in den Redaktionsrumen und unternahm eine gründliche Durchsuchung, die jedoch nichts Verlastendes zutage förderte. Nach dieser Feststellung entfernten sich die Beamten, um in dem Hause Vesperglocke 14, aus dem gleichen Grunde eine Durchsuchung vorzunehmen, die jedoch ebenfalls ergebnislos verlief.

